



Paris, 29.1.:
«Wenn in Frankreich heute gestreikt wird, merkt es niemand» (Sarkozy). Da ist der Beweis!» (Foto: Bernard Schmid)

Das war erst der Anfang

Die französischen Gewerkschaftsverbände rufen, nach der gelungenen Mobilisierung vom 29. 1., zu einem neuen Streik- und Aktionstag am 19. 3. auf. Reichlich spät, finden viele. Doch in der Zwischenzeit halten weitere Mobilisierungen den sozialen Druck aufrecht: der Arbeitskampf der Hochschullehrer (inzwischen mit Unterstützung der Studierenden), der Generalstreik auf den französischen Karibikinseln Guadeloupe und La Martinique u. a. Die Regierung darf sich in den kommenden Wochen warm anziehen.

«Wir haben es mit einer Krise zu tun, wie die Welt sie seit einem Jahrhundert nicht gekannt hat. Ich verstehe die Besorgnis der Franzosen. Ich muss zudem so stark wie möglich jene beschützen, die schon bisher vom weltweiten Wachstum ausgeschlossen blieben.»

Beruhigend klangen sie nicht unbedingt, die Worte, mit denen Präsident Nicolas Sarkozy sich am 5. Februar auf im

Fernsehen an die Nation wandte. Paradoxerweise sollten sie gerade dafür sorgen, die soziale Unruhe im Zaum zu halten, die sich vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise Bahn gebrochen hat. Indem er nicht den Eindruck erweckt, die Probleme zu verharmlosen, sondern sie im Gegenteil noch dramatisch überzeichnet, möchte Sarkozy vermeiden, in den Augen des Publikums als «typischer Politiker, der den Leuten nur gut zuredet» zu erscheinen. Über 15 Millionen Zuschauer verfolgten die Sendung.

Ob die Übung Erfolg hatte, ist eine offene Frage. Laut ersten Umfragen zeigten sich nur rund 35% der Franzosen von seinem Auftritt überzeugt, über die Hälfte der Befragten erklärten das Gegenteil. Zudem ergab eine wenige Tage später veröffentlichte Umfrage, dass 53% bereit wären, «einer sozialen Bewegung zu folgen», also bspw. in den Streik zu treten.

Die enormen Demonstrationen vom Streik- und Aktionstag der Gewerkschaften am 29. Januar dürften also nicht die letzten bleiben. Anderthalb bis zwei Millionen Menschen protestierten an jenem Donnerstag in ganz Frankreich gegen Sarkozys «unsoziale» Politik zur Bewältigung der Krisenlasten. Die Polizei sprach von 1,08 Millionen Teilnehmenden – keine runde Zahl, damit es so aussieht, als habe man gerechnet –, die Gewerkschaften ihrerseits von 2,5 Millionen.

Alle acht gewerkschaftlichen Dachverbände und -zusammenschlüsse in Frankreich, die sich seit Anfang Februar zwei Mal zusammen gesetzt haben, möchten gemeinsam am 19. März zu einem neuen Streik- und Aktionstag aufrufen. Spät, sehr spät, finden viele Beobachter und Aktive – immerhin lässt man damit sechs Wochen ins Land gehen.

Dem Vernehmen nach hatte sich die

größte Gewerkschaft, die «postkommunistische» CGT für einen Aktionstag schon kurz nach dem «Sozialgipfel» ausgesprochen, zu dem Präsident Sarkozy die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände am 18. Februar in den Elysée-Verband einlud. Ohnehin wird von dem «Gipfel» nicht viel erwartet, was das Schicksal der Lohnabhängigen und Ärmern verbessern könnte. Aber die an der Spitze rechtssozialdemokratische und pro-neoliberale CFDT, der zweitstärkste Dachverband, wollte nicht vor «Mitte März» demonstrieren. Und, ging es nach dem Willen der CFDT-Führung, auch noch ohne begleitende Streiks.

Unterdessen halten einige sehr starke soziale Mobilisierungen den Kessel unter Druck. So wird die französische Karibikinsel Guadeloupe seit dem 20. Januar durch einen Generalstreik in Atem gehalten. Die Bevölkerung fordert u. a. eine wirksame Armutsbekämpfung, die

Anhebung des Mindestlohns und eine Aufstockung aller Niedriglöhne um 200 Euro. Inzwischen hat der Generalstreik auch auf die andere französische Antilleninsel, La Martinique, übergegriffen, und ab dem 5. März wird auch in La Réunion, einem französischen «Überseebezirk» im Indischen Ozean, zum Generalstreik aufgerufen.

Auch die Hochschullehrer sind seit nunmehr fast einem Monat im Ausstand. Ihnen droht eine Verlängerung der Arbeitszeiten (bis zur Verdreifachung ihrer Unterrichtszeit auf Kosten ihrer Forschungstätigkeit), über die die Universitätspräsidenten der Regierung zufolge relativ willkürlich entscheiden können sollen. Seit Anfang Februar begleitet und unterstützt sie nun ein Studierendenstreik.

Warme Zeiten also für die Regierung der sozialen Kälte.

Bernard Schmid (Paris)

Kein «Weiter so!» in der Autoindustrie

In der tiefsten Krise der Autoindustrie versucht Daimler-Chef Dieter Zetsche die Belegschaften auf Verzicht einzuschwören. Einschnitte seien nötig, so Zetsche, um am Ende der Krise besser dazustehen als die Konkurrenz und ihr Marktanteile abnehmen zu können. Dieselbe Melodie bei BMW, Audi, VW, Opel und Ford. Dass es sich dabei nur um ein Nullsummenspiel handelt, liegt auf der Hand. Denn die weltweiten Überkapazitäten von 20–30% in der Autoproduktion, sagt Fiat-Chef Sergio Marchionne, müssen beseitigt werden, damit die Profiteure wieder steigen.

Für die aussortierten Automobilbelegschaften hieße das: die Krise bezahlt – und dann doch gefeuert. Denn ihre Gewerkschaft wirkt momentan nicht wirklich handlungsfähig. Die verharrt immer noch in Schockstarre und weigert sich zur Kenntnis zu nehmen, dass am Ende keine neue Sozialpartnerschaft stehen wird, sondern eine dramatische Nieder-

lage droht. Der Zombie «Bündnis für Arbeit» wird wieder ausgegraben. Und die kritische Distanz zu den Krisenlösungsrezepten der Autobosse begraben.

Seit Frühjahr 2007 springen der Vorstand der IG Metall und die Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Autokonzerne den Vorständen dieser Konzerne willig zur Seite, wenn CO₂-Grenzwerte aufgeweicht, Öko-Strafzahlungen verhindert und Abwrackprämien durchgesetzt werden sollen. Das ist ein Rückfall um zwanzig Jahre.

Mitte der 80er Jahre hatte die IG Metall noch gewagt, das westliche Transportmodell «Pkw-Individualverkehr» mit seinen ökologischen und sozialen Kosten in Frage zu stellen. Konzepte von integrierten Verkehrssystemen mit Priorität auf dem öffentlichen Transport wurden diskutiert und in der Mitgliedschaft popularisiert: «Wenn die Beschäftigung in der Automobil- und Zulieferindustrie aus umwelt- oder verkehrspolitischen

Gründen ... im Trend zurückgeht, dann muss über neue Beschäftigungsperspektiven nachgedacht werden», schrieb der IG-Metall-Vorstand 1990 in seinem Papier «Auto, Umwelt und Verkehr». Er kritisierte die Strategie der Konzerne, das westliche Mobilitätsmodell weltweit durchzusetzen: «Es bedarf keiner weiteren Begründung, dass eine weltweite Angleichung der Pkw-Dichte an das Niveau der ... Industrieländer ... katastrophal für den Energie-, Rohstoff- und Klimahaushalt der Erde wäre.»

Solche Töne sind aus der IG-Metall-Zentrale heute kaum mehr zu hören. Wer den Kopf jedoch nicht in den Sand steckt, kann sehen, dass die Krisensituationen heute um Potenzen gravierender sind als damals. Und dass die Antwort auf diese Herausforderung deshalb keinesfalls heißen kann: «Augen zu und durch» oder gar «Weiter so». Denn heute geht es nicht nur um einen «Trend zum Personalabbau». Es geht um Arbeitsplatzver-

nichtung in bisher nicht gekannten Dimensionen. Und es geht, angesichts von Klimakatastrophe und Peak Oil, um eine dringend nötige Veränderung unseres Mobilitätsmodells weg vom Pkw-beherrschten Individualverkehr. Wer den Kopf nicht in den Sand steckt, kann heute auch schon wissen, dass auch Hybrid- und Elektroantriebe keine weltweit verallgemeinerbare Antwort auf Peak Oil sind. Denn auch dafür gäbe es weltweit die Rohstoffe in erforderlicher Menge nicht.

Es gibt allerdings einen Rohstoff, der im Überfluss vorhanden ist: das Produktionswissen und die technische Kreativität der Facharbeiter und Entwickler in den Autobetrieben. Sie können nicht nur Verbrennungs-, Hybrid- oder Elektromotoren für Pkw bauen.

In der Strukturkrise der britischen Flugzeugindustrie Mitte der 70er Jahre wehrte sich die Belegschaft des Kriegsflugzeugbauers Lucas Aerospace gegen

ihre Abwicklung unter der Parole: «Statt Waffen nützliche Dinge produzieren!»

In der deutschen Werftenkrise gründeten Gewerkschafter, Ingenieure und Facharbeiter von Blohm & Voss «Konversionsarbeitskreise», um die Produktion auf sozial sinnvolle und ökologisch verträgliche Produkte umzustellen. Die Kollegen der Autoindustrie können ihr Wissen für das notwendige Umsteuern ebenso nutzbar machen, wie damals ihre Kollegen von Lucas und Blohm & Voss.

Gewollt und organisiert von der Gewerkschaft vor Ort, flankiert von Mobilisierungen gegen Arbeitsplatzvernichtung und für radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn, könnte dies ein Schritt sein, um das vor uns liegende «Zeitfenster» weit aufzustoßen und eine alternative Produktion in Angriff zu nehmen.

Tom Adler ist IG-Metall-Betriebsrat bei Daimler in Stuttgart-Untertürkheim.



Banken in öffentliches Eigentum und unter gesellschaftliche Kontrolle

Von ANGELA KLEIN

Wenn die ökonomische Lage es erfordert, fallen alle dogmatischen Scheuklappen: Um ihr Geld zu retten, sind Banker und Aktionäre auch bereit, es sich vorübergehend vom Staat wegnehmen zu lassen – solange dieser verspricht, es ihnen am Ende wiederzugeben.

Der Staat als Reparaturbetrieb – diese seine Funktion sollte Linke daran hindern, die Forderung nach Verstaatlichung des Finanzsektors zu erheben, ohne sie näher zu spezifizieren. Denn ob eine solche Verstaatlichung den Kapitalismus rettet oder ihm den Garaus macht, das entscheiden die Umstände und die Bedingungen der Verstaatlichung. Man kann nicht schrittweise vorgehen: Erst überlasse ich dem Staat das Eigentum, danach kümmere ich mich darum, was der Staat mit dem Besitz macht. Das Rettungsübernahmegesetz der Bundesregierung sieht im Notfall auch die Enteignung der Aktionäre vor, aber nur um zu verhindern, dass öffentliche Hilfen in die Taschen der Falschen gelangen. Wer mögen die Richtigen sein? Entschädigung ist vorgeschrieben – aber zu welchem Preis, wenn dieser gerade in den Keller sinkt?

Dieses Gesetz ist gemacht für einen Staat, der mithilfe von Eigentumsanteilen eine Neustrukturierung der Banken zugunsten der Aktionäre auf den Weg bringt. Es ist nicht dazu gemacht, den Finanzsektor in öffentliches Eigentum zu überführen, um mit den Einlagen der SparerInnen eine ökologische und soziale Wende herbeizuführen. Deshalb ist für Linke zentral, wie die öffentliche Kontrolle des öffentlichen Eigentums wirksam gestaltet wird.

30 Stunden arbeiten statt 40 Stunden arbeitslos!

Hunderttausende müssen wegen der Krise kurzarbeiten und werden arbeitslos. Beides wird aus der Arbeitslosenversicherung, also von uns, den abhängig Beschäftigten, bezahlt. Die mühsam erkämpfte 35-Stunden-Woche ist löchrig geworden wie ein Schweizer Käse – die Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit wird immer länger. Menschen verzweifeln an zuviel Arbeit, andere Menschen verzweifeln daran, keine (Erwerbs-) Arbeit zu haben, sie fühlen sich «überflüssig».

Es gibt Arbeit, für die Unternehmen gar nichts bezahlen, meistens jedoch ist die Bezahlung nicht ausreichend. Von 1-Euro-Jobs, von einem Stundenlohn zwischen 3 und 8 Euro kann niemand angemessen leben. So strampeln wir uns ab, den kargen Lohn durch längere Arbeitstage auszugleichen, damit wir unseren Lebensstandard halbwegs halten können.

Dass Unternehmen das durchsetzen können, liegt an der Massenarbeitslosigkeit. Die Produktion wandert um den Globus dorthin, wo die Profite am höchsten sind; in allen Ländern werden die Menschen in Konkurrenz gegeneinander gesetzt, Gewerkschaften systematisch geschwächt, Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert. Viele leben im «abgehängten Prekariat», alle haben Angst davor. Denen da oben ist es gelungen, nur noch «Arbeit, Arbeit, Arbeit» zu rufen und die Frage nach ihrer Qualität völlig hintan zu stellen. Begriffe werden auf den Kopf gestellt: Sozial ist jetzt, was Arbeit schafft.

Um die «Zeit, wo du dem Boss gehörst», wurde viele Jahrzehnte hart gerungen: im 19. Jahrhundert gegen Kinderarbeit und für den 10-Stunden-Tag; der 8-Stunden-Tag wurde erst durch die Revolution 1918 durchgesetzt, so auch der arbeitsfreie Sonn-

tag. Nach 1945 ging es um die 40-Stunden-Woche und die 5-Tage-Woche, ab den 80er Jahren um die 35 Stunden.

Der Arbeitszeitverkürzung ist zu verdanken, dass es trotz technischer Entwicklung und Produktivitätssteigerungen viele Jahre lang nahezu Vollbeschäftigung gab. Die 30-Stunden-Woche bei VW und der Tarifvertrag zur Beschäftigungsförderung in der niedersächsischen Metallindustrie sicherten viele Arbeitsplätze, fanden aber wenig Nachahmung.

So geht es nicht weiter. Das zeigt nicht nur die Wirtschaftskrise, das zeigt auch die Nahrungs-, Energie- und Klimakrise. Statt Automobilhersteller mit Milliarden zu füttern, die sie in überaltete Technologien stecken, müsste das Geld in ganz neue Konzepte, Produkte und Technologien gesteckt werden, die uns von fossilen Brennstoffen unabhängig machen. Die Zeit des Umbruchs muss für neue Konzepte, neue Produkte, neue Qualifikationen und grundlegende Alternativen genutzt werden.

Auch die Debatte über die Arbeitszeit muss neu entfacht werden. Dazu haben WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen in Attac einen Vorschlag gemacht:

«Wir plädieren für Arbeitszeitverkürzung mit sozial gestaffeltem Einkommensausgleich ... In oberen Einkommensgruppen ist gutes Leben mit mehr Zeitwohlstand auf der Basis des Verdienstes von kürzeren Arbeitszeiten möglich. Für weniger Verdienende ... sind finanzielle Ausgleiche zu schaffen. Wir schlagen vor, den Lohnausgleich dadurch zu finanzieren, dass die durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit freiwerdenden Mittel für Ausgleichszahlungen an Bezieher unterer und mittlerer Einkommen eingesetzt werden.»

Dieser Vorschlag ist in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen

umstritten, weil mit der Produktivität die Gewinne steigen und die Unternehmer Lohnausgleich bezahlen müssen.

Nur eine radikale Arbeitszeitverkürzung hilft, das Problembündel «Arbeitslosigkeit, ungerechte internationale Arbeitsteilung, ungerechte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und den Generationen» zu lösen. Gute Arbeit ist kürzere Arbeit und eine gerechte Verteilung von Arbeit und arbeitsfreier Zeit.

Der erste Schritt ist die Einführung der 30-Stunden-Woche. Eine «kurze Vollzeit» von 30 Stunden pro Woche entspricht den Wünschen vieler Menschen. Damit können die ihre Arbeitszeit verkürzen, die heute (zu) lange arbeiten, und diejenigen sie verlängern, die in Mini-Jobs oder Teilzeitarbeit nicht existenzsichernd arbeiten. Der zweite Schritt ist die 4-Tage-Woche.

Soziale Bewegungen, Kirchen, Frauenbewegung u. a. – für alle gewinnt die Arbeitszeit an Bedeutung. Deshalb ist es sinnvoll, die dazugehörigen Themen gemeinsam zu diskutieren: die Geschlechtergerechtigkeit, den Anspruch auf ein Leben in Würde, demografische Entwicklung und Gesundheit.

Vom Parlament verlangen wir ein Gesetz, das freiwillige Arbeitszeitverkürzung ermöglicht. Wenn dazu die Fahrten zur Arbeit reduziert werden, lässt sich Familie/Beziehung und Lohnarbeit endlich wieder besser vereinbaren.

Wir brauchen dazu gute Tarifverträge *und* gute gesetzliche Regelungen. Das Arbeitsvolumen ist in den letzten 30 Jahren stetig gesunken und wird weiter sinken. Die Frage ist nur, wie es sich verteilt. Mit einem guten Leben schonen wir uns und die Umwelt und gewinnen Zeit zum leben, lernen, lieben und lachen!

Stephan Krull

Von München über Berlin/Frankfurt nach Baden-Baden/Straßburg Gegen Krieg und Kapitalismus auf die Straße

Gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung wird es Ende März, vom 28.3. bis zum 4.4., eine weltweite Aktionswoche geben. Das beschloss das Weltsozialforum in Belém Ende Januar.

Die Aktionswoche startet mit Demonstrationen gegen die Krise und endet mit einer Demonstration und Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen die 60-Jahr-Feiern der NATO.

Die erfolgreiche Demonstration der 5000 in München am 7.2.09 gegen die NATO-Sicherheitskonferenz bildete den Auftakt.

In der BRD werden die beiden Großdemonstrationen gegen die Krise des Kapitalismus am 28.3. in Berlin und Frankfurt am Main stattfinden.

Am 28.3. findet zudem in London eine internationale Großdemonstration gegen die Krise statt – wenige Tage bevor dort der zweite G20-Gipfel tagt.

Den vorläufigen Schlusspunkt der Widerstandsaktionen bilden die Aktionen gegen die NATO am 3./4.4. in Baden-Baden und Straßburg.

So formiert sich europaweit eine Bewegung gegen die Versuche der herrschenden Eliten, die Systemkrise uns sozial und militärisch zu lösen.

Reiner Schmidt

Straßburg/Baden-Baden

Am 13./14.Februar legte eine internationale Aktionskonferenz in Straßburg, an der 400 Leute aus 16 Ländern teilnahmen, folgenden Ablauf für die Aktionen gegen die NATO Anfang April fest:

- Am 1.4. abends wird das inzwischen genehmigte Camp in Straßburg mit einem Konzert eröffnet. Etwa 6000 Leute haben hier bequem Platz. Es liegt 6 km südlich der Innenstadt und ist bequem mit der Bahn zu erreichen. Auf ein weiteres Camp in Kehl wurde verzichtet.
- Am 3.4. beginnen in Baden-Baden mittags *Aktionen des zivilen Ungehorsams* und Demonstrationen gegen das Treffen der Außenminister und die anschließende Gala der Regierungschefs der NATO-Staaten.

Morgens beginnt der *Gegenkongress* in Straßburg; er wird am 5.4. fortgesetzt.

- Am 4.4 morgens um 7 Uhr beginnen die *Blockaden*.

Ziel der Aktion ist es, die Hauptzufahrtswege zum Tagungsort in Straßburg mit Sitzblockaden, Menschenteppichen und viel Phantasie zu blockieren. Die Kerne der Blockadepunkte vor der «Roten Zone» stehen: Das internationalen Dissent-Spektrum

(mehrheitlich deutsch/französisch), die Interventionistische Linke (IL), die Jugendorganisation der Partei DIE LINKE, Solid, das Bündnis «NATO-ZU – Gewaltfreie Aktion gegen NATO» (deutsch, belgisch, französisch), Leute von Attac und die «Bombstoppers» aus Belgien haben die Initiative *Block NATO* gegründet und laden die Aktiven der verschiedenen sozialen Bewegungen zu einem internationalen Vorbereitungstreffen am 7./8.3. in Straßburg ein, um die Massenblockaden konkret zu organisieren.

Am 4.4. um 13 Uhr beginnt die Großdemonstration mit einer Auftaktkundgebung in der Straßburger Innenstadt, zieht zum Konferenzort und endet gegen etwa 17 Uhr wieder in der Innenstadt. In der Demo wird es einen internationalen antikapitalistischen Block von Linksradikalen geben. Die gesamte Demonstration ist bisher verboten. Angeboten wurde bislang eine unakzeptable Route in den südlichen Vorstädten zwischen Straßburg und Kehl.

Alle Friedensbewegten und Antimilitaristen in allen Städten sind aufgefordert: Organisiert die Anfahrt nach Straßburg nicht nur für die Leute, die um 13 Uhr zur Großdemonstration wollen, sondern auch für jene, die sich darüber hinaus auch an den Blockaden beteiligen wollen und deshalb am Morgen des 4.April um 7 Uhr in Straßburg sein müssen.

Was ist eine Blockade?

Blockaden haben das Ziel durch stehende, liegende, sitzende Menschenansammlungen den Zugang oder Abgang von anderen Leuten zu einem Ort zu ver- und /oder behindern. Sie sind widerständig, aber nicht angreifend. Sie lassen sich nicht einfach durch Räumungsaufforderungen auflösen, sondern schützen sich dagegen z.B. durch Unterhaken, Haufenbildung, Regenkleidung, Polsterungen gegen Schläge usw. Sie sind Formationen, aus denen heraus lautstark Kritik an den Blockierten geübt wird, unterstützt von Transparenten, Flugblättern usw. Sie sind nicht konzipiert als Formationen, aus denen heraus Angriffe erfolgen, weder mit Körpereinsatz noch mit Gegenständen.

Sie gehören zum Repertoire der Aktionen des zivilen Ungehorsams und sind eine Form des passiven Widerstands.

Internationales Koordinationskomitee NO TO WAR – NO TO NATO

Nützliche Webseiten:
www.dazwischengehen.org
www.no-to-nato.org
www.gipfelsoli.org